

Unwetterkatastrophe in Mitteleuropa im Juli 2021:

Solidarität mit allen betroffenen Menschen in den Katastrophengebieten!



Regionale Katastrophe ist Ausdruck des Übergangs in eine globale Umweltkatastrophe

Bisher sind mindestens 184 Menschen in Deutschland und 36 in Belgien in diesem furchtbaren Desaster umgekommen. Viele werden noch vermisst. Die Verwüstungen sind riesig und viele stehen fassungslos vor den Trümmern ihrer Häuser, Gärten und Straßen, ihrer Existenz. Es ist fraglich, ob die Versicherungen bezahlen. Wir sprechen allen Angehörigen unser Beileid und allen betroffenen Menschen unsere volle Solidarität aus! Eine **Welle der Solidarität** erfasst Deutschland und ganz Europa. Viele kommen von überall her um zu helfen oder spenden Geld, spontan und selbstlos, darunter auch unsere Mitglieder der Umweltgewerkschaft.

Dieses „Extremwetterereignis“ übertrifft alle bisherigen Messungen und überrascht auch Fachleute. *„Das aktuelle Ereignis liegt für viele Kenngrößen außerhalb jeglicher bisheriger Beobachtungen.“* (Christian Grams, Klimaexperte aus Karlsruhe). Eine der Hauptursachen ist die fortschreitende **Destabilisierung des Jetstreams** aufgrund der abnehmenden Temperaturdifferenz zwischen Äquator und den Polen, wodurch der Zug der Tief- und Hochdruckgebiete verlangsamt wird und örtlich sogar für einige Zeit stoppen kann. Es wirken auch noch andere Faktoren zusammen, wie Flächenversiegelung, fehlende Poldergebiete, der gestiegene Wasser-Anteil in der Atmosphäre aufgrund der Erderwärmung, usw. Das eigentliche Problem ist jedoch die **beschleunigte Entwicklung und Wechselwirkung aller Hauptfaktoren der globalen Umweltkrise**: Krise der Wälder, der Weltmeere, des Weltklimas, der Ozonschicht, Artensterben, Vermüllung und Vergiftung, radioaktive Verseuchung, Raubbau an Naturstoffen, und die dadurch bedingte weltweite Zunahme solcher regionaler Umweltkatastrophen! Und eben deshalb reichen Sofortmaßnahmen – so wichtig sie sind – längst nicht mehr aus. Nach Einschätzung der Umweltgewerkschaft muss für eine **Systemveränderung** gekämpft werden, weg von der kapitalistischen Profitwirtschaft, hin zu einer Gesellschaft, in der Mensch und Natur im Mittelpunkt stehen. *„System Change not Climate Change!“* fordert zu Recht auch die weltweite Jugendklimaschutzbewegung „Fridays for Future“.

Die vielen Todesopfer waren vermeidbar! Das Versagen der Bundes- und Landesregierung War das alles wirklich so unvorhersehbar, wie Malu Dreyer nun behauptet? Viele verzweifelte Menschen fragen sich, wie es soweit kommen konnte.

Versagen im Frühwarnsystem: Es gab Unwetterwarnungen an Erft und Ahre, die ignoriert wurden. Hanna Cloke, eine britische Hochwasser-Expertin, wird in der *„Times“* zitiert, dass Bundes- und Landesregierung vom bevorstehenden Super-Unwetter wussten. Es wurden bereits am 10.7. detaillierte Diagramme von der EFAS (Europäisches Flutwarnsystem) übermittelt. Diese Kritik nimmt die Landesregierung NRW bisher nicht an. So sagte Reul am 19.7. in der Tagesschau: *„Es gab nach meinem Erkenntnisstand keine großen, grundsätzlichen Probleme.“* Diese Reaktionen treffen bei den Menschen auf Wut und Empörung angesichts der Toten und der Verwüstung, welche zumindest teilweise vermeidbar gewesen wären.

Jahrelanges Versagen der Bundesregierung in der Umweltpolitik

Seit Jahrzehnten wurde vor der Zunahme an Extremwetterereignissen gewarnt. Schon im Jahre 1990 analysierte die Klima-Enquetekommission des Bundestags eine dramatische Entwicklung und beschrieb nötige Gegenmaßnahmen. Der damalige Bundeskanzler Kohl ruhte sich aber darauf aus, dass bei der Wiedervereinigung durch die Schließung vieler

ostdeutscher Betriebe in Deutschland schon genug CO2 eingespart worden sei. Auch seine damalige Umweltministerin, Angela Merkel, nahm keine ernsthaften Vorsorge- und Gegenmaßnahmen in Angriff. **Stattdessen** bis heute: Fortsetzung der Kohleverbrennung bis 2038, Inbetriebnahme des neuen Kohlekraftwerks Datteln IV, Ausspielen der berechtigten Arbeitsplatz-Sorgen gegen die Umweltschutz-Erfordernisse, usw. usf.!

Die Merkel-Regierung hat **nicht nur einen Stillstand in den Umweltschutzmaßnahmen** zu verantworten, sondern sogar einen **regelrechten „Rollback“**: Die erneuerbaren Energien wurden im Interesse der Energie-Konzerne bewusst ausgebremst, 100.000 Arbeitsplätze in der Solarindustrie vernichtet, die Windenergie nur noch für Konzerne gefördert, die umweltbewussten Eigenheimbesitzer mit einem Wust von Bürokratie drangsaliert...

Und waren es nicht Laschet und seine Landesregierung, die mit riesigen Polizeieinsätzen die Braunkohleproteste und die Waldschützer am Hambacher Forst angreifen ließen und zu unterdrücken versuchten? Diese Leute kommen jetzt in werbewirksamen Gummistiefeln in die Flutgebiete und heucheln Mitgefühl! **Das Lachen Laschets** in einem unbeobachtet geglaubten Moment mitten im Katastrophengebiet zeigte wie in einem Brennglas: Diesen Herrschaften darf man keinen Millimeter über den Weg trauen!

Die Umweltgewerkschaft forderte dagegen schon auf ihrem Gründungskongress: **Drastische Sofortmaßnahmen für den Klimaschutz! Den Ausstoß von CO2 und anderen Treibhausgasen radikal reduzieren! Rasche und vollständige Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien! Umweltschutz und Arbeitsplätze auf Kosten der Konzernprofite!**

Die Menschheit hat "*die besten Voraussetzungen geschaffen für eine Welt ohne Umweltzerstörung, Ausbeutung, Hunger und Kriege. Die ganze Art zu produzieren, zu konsumieren und zu leben ist jedoch vom kapitalistischen Profitprinzip geprägt. Das führt zu einem rücksichtslosen Raubbau an der Natur und zu einer allseitigen Umweltzerstörung im globalen Ausmaß.*" (Grundsatzprogramm der Umweltgewerkschaft)

Neben der nötigen Soforthilfe wollen wir alle Menschen auffordern, sich jetzt **dauerhaft zu organisieren**. Mit ihrer Mitgliedschaft in der Umweltgewerkschaft können sie ein klares Zeichen setzen, dass sie für **aktiven Widerstand zur Rettung der Umwelt vor der Profitgier** sind. Auch **für nötige Sofortmaßnahmen kann organisiert am wirkungsvollsten gekämpft werden**.

Wir brauchen eine starke Organisation, welche die **schlagkräftige Verbindung von Arbeiter- und Umweltbewegung** vorantreibt. Und die sich für eine Gesellschaft einsetzt, die im Einklang mit der Natur lebt und eine notwendige Strategiedebatte darüber fördert.

Wir fordern:

- ▶ Unbürokratische Soforthilfe für die Betroffenen, und vollen Versicherungsschutz!
- ▶ Schonungslose Analyse des Versagens von Bundesregierung und Landesregierung!
- ▶ Sofortiger Rücktritt von Laschet und Reul!
- ▶ Stopp der Versiegelung der Flächen! Renaturierung und Schaffung von Überlauflächen.
- ▶ Aktiver Widerstand gegen die Hauptverursacher der Umweltkrise in Konzernen, Banken und Regierungen - werdet Mitglied in der Umweltgewerkschaft.

Spendenkonto der Umweltgewerkschaft, Stichwort „Fluthilfe 2021“:

GLS Gemeinschaftsbank, IBAN: DE49 4306 0967 1199 5031 00